

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

31.8.1862 (No. 205)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 31. August.

N. 205.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.

Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

## Telegramme.

Paris, Samstag 30. Aug., Nachmittags. Ein Anschlag an der Börse meldet:

Garibaldi wurde verwundet und mit seiner Truppe gefangen genommen.

Reute 68.85. Ital. Anleihe 70.90.

Turin, 29. Aug. Die „Offizielle Zeitung“ zeigt den Abmarsch Garibaldi's nach Reggion an, von wo er nur noch 6 Stunden entfernt ist. Eine Abtheilung Bersaglieri rückt ihm nach (entgegen?).

Turin, 29. Aug. Der „Diritto“ wurde wegen Veröffentlichung einer Proklamation Garibaldi's, d. d. Catania, 24. d. M., mit Beschlag belegt. Nach Genoa wurden Truppen abgeschickt, um die Erneuerung Garibaldi'scher Demonstrationen zu verhindern.

Genoa, 28. Aug. Heute haben Demonstrationen in Folge einer Proklamation Garibaldi's stattgefunden. Die Zusammenrottungen wurden mit Gewalt zerstreut. Mehrere Personen wurden verwundet und mit Dolchen bewaffnete Leute verhaftet.

Florenz, 28. Aug. Die Polizei, welche eine Proklamation in Beschlag nehmen wollte, stieß auf Widerstand. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Abends kam es zu wiederholten Demonstrationen, um die Gefangenen zu befreien. Das Militär hat die Ruhe wieder hergestellt.

Neapel, 28. Aug. Die französische Flotte ist eingetroffen. Es wurden 100 Camorristen verhaftet.

Marseille, 29. Aug. Briefe aus Rom vom 26. d. berichten, daß der französische Kriegsdampfer „Castor“ Civita Vecchia verlassen und sich nach Messina begeben hat, um die dort anhängigen französischen Unterthanen zu schützen. Marquis v. La Fayette hat am Tag des heil. Ludwigs den Besuch der Kardinäle erhalten. Der Papst hat wegen einer Unpäßlichkeit den Feiertagen, die bei dieser Gelegenheit in der französischen Kirche stattfanden, nicht beizuwohnen können. Se. Heiligkeit ist heute wieder hergestellt.

## Die Ablehnung des Handelsvertrags durch Bayern und Württemberg.

III.

Bayern und Württemberg haben den Handelsvertrag abgelehnt mit dem Bewußtsein, daß dadurch der Fortbestand des Zollvereins gefährdet werden könne, aber nach unserer Annahme mit der Hoffnung, es werde so weit nicht kommen, und vielleicht mit dem stillen Vorbehalt, wenn die Anhänger des Vertrags nicht nachgeben, durch Nachgiebigkeit ihrer Seite das Unerbittliche zu verhüten. Damit ist die ganze wahrhaft unerträgliche Situation des Zollvereins gekennzeichnet.

Daß die Erhaltung desselben mehr als wünschenswerth, daß sie für alle Beteiligten nahezu ein absolutes Bedürfnis ist, stellt Niemand in Abrede; selbst diejenigen, welche nach unserer Ansicht sehr mit Unrecht, von dem Handelsvertrag die schlimmsten Wirkungen erwarten, sind darin mit uns einig, daß die Sprengung des Zollvereins jedenfalls unendlich viel unheilvollere Folgen nach sich ziehen müßte. Aber diese Ansicht scheint praktisch gar keine Früchte tragen zu sollen. In eben demselben Moment, in welchem die einzelnen Vereinsmitglieder durch die thatsächlichen Verhältnisse zu dem Anerkenntnis genöthigt sind, daß ihr wirtschaftliches Wohlergehen, ja man kann fast sagen ihre wirtschaftliche Existenz von dem Fortbestehen des Vereins abhängt, daß sie also selbst um ihres Sonderinteresses willen innerhalb des Vereins nur als Mitglieder des Ganzen in Betracht kommen und nur als solche handeln können und dürfen: in demselben Moment entschließt sich jeder Einzelne für sich ohne Rücksicht auf die andern und auf das Ganze. Jeder verteidigt unbedingt seinen Sonderstandpunkt, erwartet aber, indem er doch die Fortdauer des Vereins wünscht und fordert, im Widerspruch mit seinem eigenen Verfahren von der Gegenpartei Nachgiebigkeit, und sieht sich, um diese wo möglich zu erzielen, genöthigt, die eigene Entscheidung vielleicht gegen den im Stillen gehegten Vorsatz als unwiderruflich hinzustellen. Der schließliche Ausgang kann ein Kompromiß (und das scheint die Hoffnung der Gegner des Vertrags zu sein), er kann aber auch ein reiner und vollständiger, vielleicht noch über die jetzigen Forderungen hinausgehender Sieg desjenigen Theils sein, der in der Lage ist, die Drohung voll halten zu können. Glauben Bayern und Württemberg in dieser Lage zu sein? Wir glauben es nicht.

Gewiß sind aber die Verkehrtheit und die Unwürdigkeit der Situation, und deren Ursache liegt einzig in dem liberalen Veto der einzelnen Vereinsmitglieder, durch welches im Widerspruch mit Begriff und Natur eines Vereins Alles auf die unverbundenen Stimmen der Einzelnen statt auf den Gesamtwillen des Ganzen gestellt wird. Gälte im Zollverein der Grundgedanke, obnd welchen irgend eine Gemeinschaft nicht möglich ist, daß die Minderheit der Mehrheit sich fügen muß, so wäre die gefährliche Krise nie entstanden, welche uns jetzt beunruhigt, und unter welcher mit ihrem Gesolge völliger Un-

sicherheit der Zukunft alle materiellen Interessen während langer dreier Jahre unsäglich werden zu leiden haben. Selbst solche Regierungen mitgerechnet, welche nur im Widerspruch mit ihren Ständen und gegen das offenbare Interesse ihres Landes den Handelsvertrag verworfen könnten, haben die Gegner desselben höchstens über 6 bis 7 Stimmen zu verfassen, und bekannt ist, daß in verschiedenen deutschen Kammern bereits die Vertreter von etwa 1/3 der Zollvereins-Bevölkerung sich einstimmig oder gegen völlig verschwindende Minoritäten für den Vertrag ausgesprochen haben.

Der Zollverein entbehrt zur Zeit jeder Organisation, welche ihn als einen einheitlichen Körper erscheinen ließe; es bestehen aber durchaus keine Hindernisse, es bedarf nur des guten Willens, um ihm alsbald eine solche Organisation zu geben und uns damit aus der jetzigen Krise zu erlösen und zugleich für die Zukunft das Gedeihen und die Weiterentwicklung des Vereins zu sichern. Man mag das Gesamtvoitum derselben, zusammengesetzt aus den Stimmen der Regierungen und der Stände, bilden wie man will, es wird unserer Ueberzeugung nach immer zu Gunsten des Vertrags ausfallen. Wir verlangen bei dieser Auffassung von den Gegnern derselben, indem wir sie für das Zustandekommen eines Gesamtvoitums mitwirken anfordern, allerdings eine gewisse Selbstabwägung, aber doch nur für den Fall, wenn sie die gleiche Ueberzeugung, daß sie in einer ganz entschieden, bei jeder Art des Zählens sich herausstellenden Minderheit sich befinden, mit uns theilen. In diesem Fall ist es aber nicht bloß Pflicht der Loyalität, es ist auch ein Gebot der Klugheit, daß die Minderheit sich nicht auf das für sie so gefährliche Recht der Macht berufe. Daß dem liberalen Veto kann drei Jahre lang bis zum Ablauf der Zollvereins-Verträge die Minorität die Majorität zwingen, sich ihrem Willen zu fügen; nach drei Jahren kehrt sich aber das Verhältnis natürlich um, und wenn dann die Majorität die Bedingungen der Erneuerung des Vereins rückwärts nach ihren Interessen feststellt, hat die Minorität nach dem jetzt von ihr selbst gegebenen Beispiel keinen Grund und kein Recht zur Beschwerde.

Was wir aus allen Gründen der Klugheit und der Loyalität nach den dringenden Interessen des Zollvereins fordern, dessen Auflösung unserm Nationalvermögen fast unheilbare Wunden schlagen würde, ist nicht eine bundesstaatliche Organisation des Vereins, die er nach unserer Ansicht nicht bedarf und nicht zu ertragen im Stande wäre, mit der wir unsere oberste und wichtigste Forderung einer nationalen Reform nicht möchten abfinden lassen. Wir wollen nur eine kollegial gebildete Behörde, welche von den Einzelregierungen besetzt und in ihrem Auftrag die Vereinsangelegenheiten nach Stimmenmehrheit leitet, und ihr gegenüber eine Vertretung der Zollvereins-Bevölkerung, welche von den Einzelkammern ernannt und in ihrem Auftrag ebenfalls durch einen einheitlichen, nach Majorität zu fassenden Beschluß den Akten der Gesetzgebung ihre Zustimmung zu ertheilen hat.

Wir werden unsern großdeutschen Gegnern, die in der Nähe und der Ferne in diesen jüngsten Tagen wieder einmal recht lustig gegen uns gebellt haben, mit der Forderung einer wirklichen und leibhaftigen Delegirtenversammlung ein rechttes Vergnügen bereiten, und wir gönnen es ihnen, obgleich wir fürchten, sie werden unsern Vorschlag einer Delegirtenversammlung nicht annehmbar finden. Ueber Werth oder Unwerth einer deutschen Volksvertretung entscheidet nicht der je nach Umständen ziemlich gleichgiltige Punkt, ob ihre Mitglieder direkt oder durch Vermittlung der Einzelkammern gewählt werden, sondern die Stellung, die Macht, die ihr eingeräumt wird. Aus diesem Grund müssen wir trotz der stillen Entrüstung österreichischer Blätter, die freilich durch den urbane Ton der Reichsbergschen Noten verwehrt sind, bei unserer kürzlich gemachten, zwar nicht höflichen, aber vollkommen wahren Bemerkung bleiben, daß es lediglich eine „Phrase“ ist, wenn man vorgibt, mit dem Vorschlag, zur Verabhandlung über zwei Jützigjährige Kammermitglieder zuzuziehen, eine Verbesserung der deutschen Verfassung unternehmen zu haben. Sie hätten schlechthin kein Mittel, ihrem Rath Beachtung zu verschaffen; schlimmsten Falles käme kein gemeinsames Gesetz zu Stande, und jeder einzelne Staat, der eine Aenderung des bestehenden Rechts bedürfte, müßte sie durch besonderes Gesetz erreichen. Jede über Zivilprozeß und Obligationenrecht hinausgehende Frage der großdeutschen Delegirten würde, und zwar von Rechte wegen, todgeschwiegen. Sie können im besten Fall nicht mehr leisten, als bei gemeinsamen deutschen Gesetzgebern die konstitutionellen Grundsätze vor völligem Bankrott bewahren, und nur insofern sind sie besser als Nichts.

Man braucht aber nicht in materiellen Interessen versunken zu sein, um die Erhaltung des Zollvereins und eine ihr zur Bewegung befähigende Verfassung desselben unendlich viel höher zu schätzen als eine gemeinsame Zivilprozessordnung. Auf eine solche Organisation des Zollvereins weist jetzt, wo er an ihrem Mangel zu Grunde zu gehen droht, das dringendste Bedürfnis. Die deutsche Reformpartei, so wenig sie auf ihr Programm zu verzichten und auf einen Handel mit bedenkliehen Abschlagszahlungen sich einzulassen geneigt ist, erkennt doch die Nothwendigkeit des Fortbestandes des Zollvereins nicht bloß in Worten an, sondern ist bereit, thatsächlich dafür zu handeln. Sie würde auf diesem neutralen Gebiete Einrichtungen mit

Freuden begrüßen, die ihren höheren Anforderungen weder genügen noch präjudizieren, aber ohne Jemanden ein irgend unbilliges Opfer anzukündigen, doch für die gegebenen Verhältnisse die wohlthätigsten Folgen versprechen. In der großdeutschen Presse finden wir dagegen nur Deklamationen, wie schön die Einigkeit sei, während sie praktisch die naive Forderung erhebt, die Majorität solle sich durch die Minorität Gesetze vorschreiben lassen.

Eine auf Delegation der Einzelkammern beruhende Volksvertretung des Zollvereins hat eine wahrhafte und wirkliche Bedeutung. Sie gewährt die sicherste Garantie, daß der Verein nicht durch rücksichtslosen Eigensinn Einzelner gesprengt werde; ihre Stimme kann nicht überhört werden, denn die gerechtigsten Interessen verlangen positive, ihrer Genehmigung bedürftige Beschlüsse; sie würde eine bleibende Regierungsbühne sich gegenüber haben, für welche die Möglichkeit des Fortregierens durch die Unterfugung der Volksvertretung bedingt, die vor Allem dadurch zur Einigung in sich selbst genöthigt wäre. Der Zollverein kann zwar nicht zu einem Bundesstaat mit konstitutionellen Einrichtungen aufgebläht werden, gleichwohl kann er in seiner bescheideneren und doch so unendlich wichtigen Sphäre für jetzt und für die Zukunft gesichert und zu weit bedeutenderen Leistungen befähigt werden, wenn für denselben ihm angehörige, wenigstens auf Austrag der Einzelstaaten (der Regierungen und Kammern) beruhende Organe hergestellt werden.

Aber freilich, damit wird im Ernste dem Partikularismus das Opfer angeklungen, mit dem er in den großdeutschen Reformprojekten nur zum Schein sich brüsst; es soll, wenn auch in eng begrenzter, die höchsten Staatsinteressen nicht berührender Sphäre wirklich gemeinsam nach dem Willen der Mehrheit regiert werden, und dagegen sträubt sich Großdeutschland, das die Einigung nur in der Idee liebt. Wir lassen nicht ab, an ihre Verwirklichung zu glauben, für ihre Verwirklichung zu streben und zu kämpfen. Das höchste Ziel unserer Wünsche, die Einigung der Deutschen zu einem einzigen Volk, mächtig in seiner Verbindung nach Außen, frei in reicher Gliederung im Innern, ist unmittelbar nicht zu erreichen; dagegen erwächst uns aus den drohenden Gefahren des Zollvereins die Hoffnung, wenigstens für das beschränkte Gebiet der materiellen Interessen zu festerer Vereinigung zu gelangen. Die unbedingte Ablehnung des Handelsvertrags durch Bayern und Württemberg, der durch Sachsen und Preußen eben so unbedingt angenommen ist, offenbart auch dem höchsten Verstand, daß ein Verein auf die Dauer unmöglich ist, in welchem es an jedem Organ für einen die Einzelnen bindenden Gesamtwillen fehlt. Je augenscheinlicher und verderblicher die Folgen eines Sieges des Partikularismus hervortreten, um so nachdrücklicher wird die Mahnung, ihm zu entsagen.

## Oesterreichische Depesche, die Zollvereinigung betreffend.

Wir haben bereits die Analyse einer Depesche mitgetheilt, welche das Wiener Kabinett in Folge der Ablehnung des Handelsvertrags durch Bayern und Württemberg nach Berlin gesendet hat. Dieselbe ist vom 24. Aug. datirt, an den Grafen Schotek gerichtet und lautet nach der „Schlesisch. Ztg.“ wörtlich:

Es ist die Depesche bekannt, mit welcher Hr. Graf v. Bernstorff unter dem 6. l. M. meinen in der Zollangelegenheit an Grafen Karolyi gerichteten Erlaß vom 26. Juli beantwortet hat.

Von allen Einwendungen absehend, zu welchen der Inhalt jener Rückäußerung mit Anlaß geben könnte, will ich mit lebhafter Befriedigung nur davon Akt nehmen, daß die königl. preussische Regierung die im Artikel 25 des Vertrags vom 19. Februar 1853 eingetragene Verpflichtung noch als bindend erachtet, und sonach die obschwebende Meinungsverschiedenheit sich gegenwärtig auf die Wahl des angemessenen Zeitpunkts zur Erfüllung dieser Verbindlichkeit beschränkt. Es ist uns nie in den Sinn gekommen, das Recht der Bestimmung eines solchen Zeitpunkts ausschließlich für uns in Anspruch zu nehmen; wir hielten denselben aber für eingetretten, als die Kundgebungen der öffentlichen Meinung in Deutschland die allseitige Annahme der mit Frankreich vereinbarten Traktate nicht mehr erwarten ließ. Hr. Graf v. Bernstorff hingegen stimmte dieser Auffassung nicht bei, indem er nicht nur die Abneigung der Bevölkerungen gegen den Handelsvertrag nach seinen Wahrnehmungen bekräftigen zu müssen glaubte, sondern auch fortbauend auf die Zustimmung sämtlicher Vereinsregierungen zählte. Als den geeignetsten Termin zur Aufkündigung der Unterhandlungen mit Oesterreich bezeichnend behauptete das königl. Kabinett den Abschluß der Konventionen mit der kaisert. französischen Regierung.

Man braucht aber nicht in materiellen Interessen versunken zu sein, um die Erhaltung des Zollvereins und eine ihr zur Bewegung befähigende Verfassung desselben unendlich viel höher zu schätzen als eine gemeinsame Zivilprozessordnung. Auf eine solche Organisation des Zollvereins weist jetzt, wo er an ihrem Mangel zu Grunde zu gehen droht, das dringendste Bedürfnis. Die deutsche Reformpartei, so wenig sie auf ihr Programm zu verzichten und auf einen Handel mit bedenkliehen Abschlagszahlungen sich einzulassen geneigt ist, erkennt doch die Nothwendigkeit des Fortbestandes des Zollvereins nicht bloß in Worten an, sondern ist bereit, thatsächlich dafür zu handeln. Sie würde auf diesem neutralen Gebiete Einrichtungen mit

Erw. wollen Hrn. Grafen v. Bernstorff, unter Mittheilung dieses Entschlusses, dringend ersuchen, uns von dem Entschlusse der k. Regierung über diesen hochwichtigen Gegenstand so bald als möglich in Kenntniß zu setzen.  
Empfangen zc. Reichberg m. p.

Hannover, 28. Aug. Einer der „3. f. N.“ zugegangenen Mittheilung zufolge ist die in Nr. 203 d. Bl. nach der „Weser-Zeitung“ abgedruckte Note des diesseitigen Ministeriums des Aeußern an den k. preussischen Gesandten hieselbst vom 16. August in einigen nicht unerheblichen Punkten inkorrekt. Im Absatz 2 muß es nämlich statt „der Verträge“ — das Vertragswerk“; statt „entchiedenen“ (sc. Bedenken) — „verschiedenen“; im Absatz 4: statt „grabe nicht zu bestreitenden“ — „gewiß nicht zu bestreitenden“ heißen.

**Deutschland.**  
**Osnabrück, 29. Aug. (Hf. Bl.)** Bei der so eben auf dem Stadthaus vollzogenen Deputirtenwahl wurde Fabrikant Fr. A. Schäfer dahier einstimmig zum Abgeordneten der Stadt erwählt.

**Münch, 29. Aug. (Fr. Z.)** Hr. August Beder, Kandidat der Fortschrittspartei, wurde so eben mit 62 gegen 12 Stimmen, die dem Gegenkandidaten Mohrman zufließen, als Abgeordneter erwählt.

**Frankfurt, 29. Aug. (Südd. Ztg.)** In der letzten Bundestags-Sitzung wurde aus Anlaß eines Gesuches der Hh. Erhard und Genossen in Hameln und Hannover in Betreff einer Kapital- und Zinsenforderung aus den durch die vormalsige Statthaltertschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein im Jahr 1850 gemachten Anlehen der Antrag der Reklamationskommission zum Beschluß erhoben, wornach die Höfe von Wien und Berlin um eine Aeußerung darüber ersucht werden sollen, „ob und in wie weit etwa die Anerkennung der von der Statthaltertschaft seiner Zeit kontrahirten freiwilligen und Zwangsanleihen ein Gegenstand der Verhandlungen mit der königlich dänischen Regierung und zu welchem Resultat solche geführt hätten.“ Der Gesandte Dänemark stimmte gegen diesen Antrag unter der folgenden Motivirung:

Soweit das Sachverhältnis dieser vorläufig erledigten Angelegenheiten in Betracht kommt, und ohne auf den Vortrag selbst näher einzugehen, hat sich der Gesandte auf eine in der 22. Sitzung vom 28. Oktbr. 1852 abgegebene Erklärung zurückzubeziehen, in welcher namentlich hervorgehoben wurde, wie es sich nur um Anrechnung eines anzweifelhaften, auch von den Kommissären des Deutschen Bundes ausdrücklich anerkannten Rechts des legitimen Landesherren gehandelt habe. Im Uebrigen geht schon aus den, hoher Versammlung in der Sitzung vom 29. Juli 1852 von den allerhöchsten Höfen von Wien und Berlin gemachten Mittheilungen über die Reklamation des Herzogthums Holstein, sowie aus dem über eine ähnliche Reklamation in der 21. Sitzung jenes Jahres erstatteten Ausschussantrag hervor, daß in den damaligen Verhandlungen die fragliche Angelegenheit nicht berührt worden ist. Endlich liegt die Belohnung nahe, daß das Hineinschieben solcher, dem Zweck der jetzt wieder obliegenden Verhandlungen augenscheinlich fernliegenden, und demselben nicht vererbenden Detailfragen die schwierige und ohnehin so vielfach verzögerte Lösung dieser Aufgabe in einer nach seiner Seite hin erwünschtesten Weise noch mehr in die Länge ziehen würde. Die k. Regierung muß daher Bedenken tragen, sich dem Vorschlag anzuschließen, und stimmt gegen den Antrag.

**Danan, 29. Aug. (Südd. Ztg.)** Bei der heute stattgehabten Wahl fielen auf Trabert 921 und auf Brenner 611 Stimmen. Hr. Trabert ist sonach gewählt.

**Kassel, 28. Aug. (Fr. P.-Ztg.)** Gestern Nachmittag wurde Dr. D. Ermüller, bis vor drei Tagen noch Redakteur der „Kassel. Ztg.“, in seiner Wohnung plötzlich verhaftet und in das Gefängniß an dem Leipziger Thore gebracht. Als Grund der Verhaftung wird erzählt, der Drucker der „Kassel. Ztg.“ mache Forderungen an denselben geltend, welche Legierer in seiner Eigenschaft als Redakteur bezugsweise Eigenhümer der Zeitung, für diese Zeitung eingegangen hätte; Kosten für Druck, Satz und Papier, welche Dbermüller, nachdem ihm nunmehr die Zeitung zum zweiten Male weggenommen ist, schwerlich in der Lage sein wird, aus eigenen Mitteln bezahlen zu können oder zu wollen.

**Kassel, 28. Aug.** Die Verfassungspartei in Kurhessen ist keineswegs gesonnen, dem Versuch der Befestigung des k. und s. d. Ausschusses durch die Regierung und dem dadurch gegebenen entscheidenden Präjudiz gegen die Kontinuität des alten Rechtszustandes vom Jahr 1850 so ruhig wie bisher zuzusehen. In dem Zweck hat sich der bis jetzt nur aus drei Personen bestehende Ausschuss durch Zuziehung der Hh. Friedrich Deter und Kaufmann Sunkel zu Hersfeld auf fünf Mitglieder verstärkt.

**Kassel, 29. Aug. (Südd. Ztg.)** Bei der stattgehabten Abgeordnetenwahl vom 26. bis 29. d. M. wurden der Oberbürgermeister Hartwig und der Oberpostmeister Rebell zu nahezu einstimmig gewählt.

**Meiningen, 27. Aug. (Kob. Ztg.)** Auch unsere Regierung hat sich den Anträgen auf eine Delegationssammlung, welche die acht Staaten unter Führung Oesterreichs in Frankfurt eingebracht haben, angeschlossen.

**Weimar, 24. Aug.** Der Großherzog hat die diesseitige diplomatische Vertretung am österreichischen Hofe in Wien dem nachsaischen Geschäftsträger, Legationssekretär Frhrn. v. Thienen-Ablerstyt dahier, in der Eigenschaft eines geschäftsträgers interimistisch übertragen.

**Wesau, 27. Aug.** Das Oberlandesgericht hat das Urtheil in der Anlagensache gegen den Bankpräsidenten Nulandt in der Volkmar-Benedict'schen Sache bestätigt, den Angeklagten also des Betruges schuldig erkannt, dagegen ihn in der Dingel- und Bantelowschen Sache freigesprochen und deshalb die frühere vierjährige Arbeitsstrafe auf zwei Jahre herabgesetzt.

**Hannover, 28. Aug. (Hf. Z.)** Der König hat sich heute nach Dönanbrück begeben, um dort einige Wochen seinen

Aufenthalt zu nehmen. — In der Neubildung des Ministeriums scheinen dieser Tage keine Fortschritte gemacht zu sein; eine Thatsache, die sich aus den Schwierigkeiten der Aufgabe erklärt. Selbst im reaktionären Lager gibt es Niemand, der die Erbschaft des Grafen v. Bötticher unbedingt antreten möchte. — Vorgestern fand in Herrenhausen Ministerialrat statt, an welchem außer den Ministern auch die sämtlichen Generalsekretäre Theil nahmen; es soll in demselben indeß nur die einseitige Fortführung der Geschäfte Gegenstand der Berathung gewesen sein. — Der Reichsminister ist keineswegs beabsichtigt, sondern nur in eine neue Phase getreten. Nur die Berufung einer Synode wird dem Lande den kirchlichen Frieden wiedergeben können. Es kommt dazu, daß man durch Berufung einer solchen Landesynode eigentlich nur dem klaren und bestimmt ausgedrückten Gebote der Verfassung nachkommen würde. In unseren maßgebenden Kreisen scheint aber bis jetzt noch die orthodoxe Priesterpartei sich mit Erfolg einer solchen Maßregel zu widersetzen, zu der man früher oder später sich gleichwohl wird bequemen müssen.

**Berlin, 28. Aug. Die „Stern-Ztg.“** meldet: Die Antworten der königl. Regierung auf die Erklärungen von Bayern und Württemberg in Betreff der Verträge mit Frankreich vom 2. Aug. sind in diesen Tagen abgegangen. Wie wir hören, sind darin sämtliche gegen die Verträge erhobene Einwände und Bedenken gründlich und ausführlich widerlegt. — Der König soll kürzlich beim Manöver um Burg auf die Meldung, daß ein Dragoner, dessen Sattelgurt gesprungen war, ohne Sattel der Schwadron gefolgt sei, erwidert haben: „Stille, meine Herren, wenn das die Kammer erfahren, streichen sie auch die Sättel im Etat.“ — Im Bromberger Regierungsbezirk wird eine Lithographirte Adresse an den König in Umlauf gesetzt, welche auf eine Kammerauflösung hinzudrängen scheint. Derselben in Minden. — In dem Prozesse v. d. Heydt gegen Dr. Fesemann ist der Angeklagte besamtlich freigesprochen worden. Nach der „Köln. Ztg.“ wird indeß die Stellung des Hrn. v. d. Heydt keineswegs erschlüsselt. Derselbe hat, wie es heißt, eine Audienz beim Könige nachgesucht, und ist mit der Versicherung des Königs entlassen worden, daß er ihn 16 Jahre lang als treuen königl. Diener und Rathgeber erstanden habe.

**Berlin, 28. Aug.** In der heutigen Sitzung der Kommission für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle sollten die beiden auf die handelspolitische Frage bezüglichen Resolutionen von Michaelis und Sybel zur Berathung kommen. Das Staatsministerium war durch die Geheimen Räte Philippsohn und Delbrück vertreten. Der neulich gegebenen Zusage gemäß machte der Erste über die von Seiten unserer Regierung an Bayern erlassene Erklärung eingehende Mittheilungen. Auf den Wunsch der Regierung werden dieselben zunächst als vertraulich behandelt, so daß für einige Tage jede Veröffentlichung daraus unterbleibt. Inzwischen läßt sich Charakter und Richtung jener Erklärung hinreichend daraus erkennen, daß dieselbe in der Kommission mit ungeheurer lebhaftester Befriedigung und manchmal mit lauter Zustimmung aufgenommen wurde. Abg. Michaelis erklärte, nach dieser Mittheilung der Regierung halte er seine Resolution für veraltet; es bleibe nur übrig, der Regierung die volle Zustimmung auszusprechen; er beantragte, die Sitzung auf kurze Zeit zu vertagen und eine Subkommission zur sofortigen Entwurfung einer solchen zustimmenden Resolution einzusetzen. Auch Abg. v. Sybel ließ die von ihm mit eingebrachte Resolution fallen und der zweite Antragsteller Letzter trat ihm darin bei. Nach kurzer Verhandlung wurde der Michaelis'sche Antrag angenommen. Die aus sieben Mitgliedern bestehende Subkommission einigte sich in sehr kurzer Zeit. Die von ihr einstimmig eingebrachte zustimmende Resolution wurde dann ohne Debatte ebenso einstimmig angenommen. Dieselbe besteht aus zwei Theilen; der erste, in welchem die volle Uebereinstimmung zu der von der Regierung abgegebenen Erklärung ausgesprochen wird, ist zunächst, wie die Erklärung der Regierung selbst, noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und wird erst mit jener Erklärung zugleich bekannt werden; der zweite Theil lautet wörtlich: Das Haus der Abgeordneten spricht demgemäß die Erwartung aus, die königl. Staatsregierung werde, sofern einige Zollvereins-Regierungen in ihrer Ablehnung verharren sollten, diejenigen Maßnahmen treffen, welche nothwendig sind, um die Reform des Zollvereins-Tarifs auf Grund des Tarifs B. zum Handelsvertrag vom 2. Aug. beim Ablauf der gegenwärtigen Zollvereins-Verträge durchzuführen.

Der Regierungskommissär machte dann auf gegebene Anfrage noch die Mittheilung, daß die an Bayern abgegebene Erklärung abschriftlich auch an Hannover und Württemberg ergangen sei. — Nach diesen Verhandlungen bleibt nur noch der Bericht der Kommission zu verlesen und festzustellen. Zum Referenten wurde Abg. Michaelis mit Einstimmigkeit erwählt. Wahrscheinlich wird dieser Bericht noch vor der Militärdebatte im Hause zur Berathung kommen.

**Berlin, 29. Aug.** Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses ist jetzt mit dem Etat des Ministeriums des Innern beschäftigt. Gestern hat dieselbe den Beschluß gefaßt, für alle größeren Städte, mit Ausnahme von Berlin und Posen, den Befehl der königlichen Polizei und die Uebertragung der Polizeiverwaltung an die städtischen Behörden zu befürworten. Mit dieser Uebertragung des Polizeiwesens an die Kommunalbehörden ist bekanntlich schon vor längerer Zeit bei mehreren größeren Mägen der Anfang gemacht. — Wie es heißt, werden zu den Plenarverhandlungen über das Militärbudget auch der Staatsminister a. D. Graf v. Schwerin und der Präsident Simon wieder im Abgeordnetenhause erscheinen. Der frühere Finanzminister v. Patow ist zur Theilnahme an den Verhandlungen des Hauses schon vor einigen Tagen wieder nach Berlin gekommen.

Ueber den Inhalt der Antwort der preussischen Regierung auf die Erklärungen Bayerns und Württembergs in der Frage des Handelsvertrags schreibt man dem „Nürn. Kor.“: Die Beschwerden der beiden ablehnenden Zollvereins-Staaten

werden darin eingehend besprochen. Eine formelle Kündigung der Zollvereins-Verträge ist allerdings nicht darin ausgesprochen; dagegen benimmt die Antwort jeden Zweifel daran, daß eine solche Kündigung erfolgen werde, sobald die dafür festgesetzte Frist herangerückt sein wird, und daß die preussische Regierung zu einer Erneuerung dieser Verträge nur auf der Basis des mit dem Tuilerienkabinet vereinbarten Tarifs die Hand bieten werde.

**Wien, 28. Aug.** Gestern hat die Besprechung mehrerer Mitglieder früherer und jetziger Landtage über die deutsche Frage und das Verhältnis Deutsch-Oesterreichs zu derselben stattgefunden. Die Mittheilungen der Wiener Blätter darüber sind noch spärlich und in einzelnen Punkten sichtlich stark spezialisiert österreichisch gefärbt. Inzwischen liegen andere zur Vergleichung noch nicht vor, und so mag das Wesentliche aus denselben hier folgen.

„Die Besprechung — sagen die „Neuest. Nachrichten“ — dauerte von 6 bis 9 Uhr. Anwesend waren ungefähr zwanzig Personen. Darunter Oesterreicher: Reichbauer, Berger, Brestel, Schufelka, Kuranda, Kaiser, Mühlsted, Groß; Nicht-Oesterreicher: Bluntzschli (Heidelberg), Probst (Stuttgart), Fries (Weimar), Pfeiffer (Bremen). Pfeiffer war nicht vertreten. Nachdem Hr. Bluntzschli die verschiedenen Eventualitäten auseinandergesetzt, welche für einen Beitritt Oesterreichs zum deutschen Bundesstaat möglich seien, ergriffen Kuranda, Berger, Schufelka, Brestel und Kaiser das Wort, um die Stellung Deutsch-Oesterreichs zur deutschen Bundesreform zu erörtern. Berger meinte, weder Preußen noch Oesterreich wären jetzt bereits so endgiltig konstituirte, daß die Stellung der beiden Großmächte zur deutschen Bundesreform jetzt schon präjiziert werden könnte. Auf die Einwendung, daß die Februarverfassung einen innigen Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nicht gestatte, erwiderte Kuranda, eine Modifikation derselben sei auch aus andern innern Rücksichten ohnehin nothwendig. Nach längerer Debatte einigte man sich schließlich zu folgenden Grundsätzen:

Eine deutsche Bundesreform sei nicht mit preussischer Epithet durchzuführen. Die Berufung eines deutschen Parlaments aus direkten Volksstimmen sei unerlässlich. Eben so nothwendig sei eine Zentralgewalt zur kräftigen Gesamtvertretung nach außen. Ueber den Antrag Reichbauer's, daß das Vorparlament nicht nach Weimar, sondern nach Frankfurt, als dem traditionellen Mittelpunkt Deutschlands, berufen werden möge, versprachen die anwesenden Mitglieder des Prüfungskomitees nach Möglichkeit für Annahme dieses Antrags hinzuwirken zu wollen. Schließlich wurde die Frage, ob die Oesterreicher an dem „Vorparlament“ Theil nehmen wollen, als eine offene erklärt, über die erst unter den Oesterreichern selbst endgiltig entschieden werden soll.

Die „Österr. Post“ fährt als anwesend weiter noch auf: Die Hh. Joseph aus Leipzig, Pfanz aus Hannover, Stolpe aus Frankfurt a. d. S. Ferner gibt die „Öst. Post“ abweichend von den sehr auffallenden Mittheilungen der „Neuesten Nachrichten“ über bestimmte gefaßte Beschlüsse folgende Darstellung des Herganges:

Den Grund der Konversation (eine Debatte kann es nicht genannt werden, da kein Antrag gestellt wurde) bildete ein Vortrag des Hofraths Bluntzschli, der für die Stellung Oesterreichs zu Deutschland vier Formen aufstellte, wogegen sich jedoch Seitens der Oesterreicher lebhafteste Einwendungen erhoben. Die verschiedenartigsten Nuancirungen österreichischer Parteien, föderalistische, zentralistische, konservative, liberale, demokratische, traten zu Tage, aber darin stimmten Alle überein, daß die Rechte und Pflichten Oesterreichs dieselben sein müßten, wie die eines jeden andern deutschen Stammes oder Bundesstaates, daß eine einheitlichere Exekutive, namentlich in der Stellung nach außen, sowie eine Volkvertretung beim Bunde das anzustrebende Ziel bilden müsse; über die Befugnisse dieses Parlaments wurde nichts fixirt und differirten die Ansichten darüber nicht bloß unter den österreichischen Abgeordneten, sondern auch unter den Herren von der andern Seite bedeutend von einander.

Der „Vollständer“, welcher unter den Nicht-Oesterreichern, welche an der Berathung Theil genommen, noch Hr. Dr. Böll aus Bayern namhaft macht, berichtet über den Verlauf und das Ergebnis derselben u. A.:

Die deutsche Frage wurde in allen ihren Richtungen besprochen. Der Grundton der Berathung war: Gegenseitige Entwicklung der Anschauungen über die Reform Deutschlands, und man nahm hierbei wahr, daß man sich viel näher stehe, als man gemeint hatte. Die Oesterreicher bekundeten eine so entschiedene deutsche Gesinnung, einen solchen warmen Eifer für die Förderung der deutschen Sache, daß jene Herren, welche sich einigermassen eine andere Vorstellung von den Gesinnungen der Deutsch-Oesterreicher gemacht hatten, davon sichtlich überrascht waren. ... Die Hauptredner waren auf der einen Seite Bluntzschli, welchem Berger entgegenste, dann Pfanz, Fries, welche die Anschauungen des Nationalvereins am deutlichsten erkennen ließen, dann Probst, welcher vom allgemeinen großdeutschen Gesichtspunkte aus sprach; von den Oesterreichern sprachen nebst Berger hauptsächlich noch Kuranda, Reichbauer, Fleck, alle durchaus in deutsch-nationaler, entgegenkommender Sinne. Das Resultat der beiläufig vier Stunden dauernden Besprechung wird uns von unserm Gewährsmann als ein höchst erfreuliches geschildert. Man ist einer Verständigung ernstlich näher gerückt, und es ist Aussicht vorhanden, daß die jetztire, nach Weimar ausgesprochene Berathung deutscher Landtagsmitglieder von den Oesterreichern sehr zahlreich besucht werden wird. ... Näheres über den materiellen Inhalt der besprochenen Verhandlungen anzugeben, hindert uns der Umstand, daß sich die Herren gegenseitig das Verschweigen distrikt Schweigens gegeben haben. Nur so viel können wir sagen, daß in einem deutschen Parlamente als gemeinsamen Strebeziele Alle einig waren.

Wie die „Wien. Ztg.“ meldet, hat der Kaiser unter dem 21. August d. J. dem Unterstaatsminister des Innern Landes-Hauptgeschäftshand und Redakteur der „Volks- und Schützenzeitung“, David Schönherz, in Anerkennung seiner umsichtigen und erfolgreichen Thätigkeit anlässlich des Frankfurter Schützenfestes das Ritterkreuz des Franz-Josephs Ordens verliehen.

**Wien, 29. Aug.** Die „Donau-Ztg.“ schreibt offiziös: Die „Berlinske Tid.“ will nach einem Telegramm für das

deutsche Publikum hervortreten lassen, daß die österreichische Antwort nach Kopenhagen in der Angelegenheit der Herzogin von der preussischen, „etwas verschieden und weit mehr entgegenkommend“ sei. Das dänische Blatt hätte getrost behaupten können, die erstere sei von der zweiten ganz und gar verschieden; dasselbe hätte aber aus guter Quelle erfahren und berichten können, daß, wenn auch diesmal die identische Form nicht eingehalten worden, das österreichische Cabinet sich doch mit der Rechtsauffassung der ihm bekannnten Entgegnung des preussischen einverstanden erklärt habe.

In der gestrigen Plenarversammlung bekannte sich der Juristentag zu folgenden hochwichtigen Prinzipien: 1) Die in den Verfassungen der deutschen Staaten bestehende Verschiedenheit betreffs der Todesstrafe ist kein Hinderniß für die vom Juristentag als dringendes Bedürfnis anerkannte Strafrechtseinheit in Deutschland; 2) absolute Strafanordnungen sind grundsätzlich zu verwerfen. Näheres im ausführlichen Bericht.

### Italien.

\* Turin, 26. Aug. Die Zeitungen bringen immer noch allerlei Nachträgliches über Garibaldi's Aufenthalt in Sizilien. In Castrogiovanni parangurierte er wie gewöhnlich das Volk, indem er u. A. sagte:

Vereint mit unsern Brüdern des Festlandes werden wir nach Rom gehen, wie wir früher nach Neapel gingen, werden die verdamnten Fremden vertreiben, und ihre Bajonnette werden sich wie Vinsen vor dem Willen von 25 Millionen Menschen beugen, sonst werden ihre Hüften wie Kohle zertreten werden. Italien bittet nicht mehr. Wir werden nach Rom gehen, denn Rom gehört uns. Rom oder den Tod! Dieser Ruf wird in hundert italienischen Städten erschallen, und durch den Beistand sämtlicher Italiener, welche sich der Mitwirkung des wahren Klerus Christi erfreuen, werden wir von unserm Hause die Canalle niederschmettern, die dort haust. Ich sprach's: keine Bitten mehr. Wir werden unsere Sache mit erhabener Stirne und, wenn nötig, mit der Hand am Schwert durchsetzen. Rom oder Tod!

Das Volk brach in einen enthusiastischen Ruf aus, und Garibaldi fuhr dann fort:

Euer Enthusiasmus ist bewundernswürdig, er ergießt sich von hier über alle italienischen Länder, und ich danke Euch nicht nur im Namen Italiens, sondern im Namen der ganzen Menschheit, welcher aus dem Tod der geistlichen Macht eine unermeßliche Wohlthat erwächst.

\* Messina, 26. Aug. Man meldet der ministeriellen „Monarch, nat.“: Das Land ist mit wenigen Ausnahmen, die zu keiner Beförderung Veranlassung geben können, ruhig. Nach der heutigen Demonstration hat Graf Persano einen Brief an den Oberkommandanten geschrieben, der ungefähr folgendermaßen lautet:

Ich empfehle Ihnen dringend, jede geschwundene Versammlung mit Gewalt auseinanderzupresen. Halten Sie die Truppen konstant und bereit, auf das erste Zeichen auszurücken. Nehmen Sie ohne Zögern die nötigen Verfügungen vor, berufen Sie die einflussreichsten Personen zu sich, und sagen Sie ihnen in meinem Namen, daß ich im Interesse des Staats und aus Gehorsam gegen den König jede Unordnung zu unterdrücken wissen werde. Jeder, der mich lenkt, weiß, daß ich nicht gewöhnt bin, zurückzuweichen. Ich mache Sie vorkommenden Falls für die geringste Zögerung verantwortlich. Als Bürger von Messina kenne ich die Ergebenheit der Nationalgarde für den König und für die Verfassung; als Soldat kenne ich die Tapferkeit und Treue unserer Truppen. Demzufolge hat man bei der Nacht, über die Sie verfügen, Nichts zu befürchten, vorausgesetzt, daß Sie nicht zu handeln zögern. Die Regierung hat die feste Ueberzeugung, daß die strengste Ordnung gewahrt werden wird.

Mailand, 24. Aug. Dem „Baterland“ zufolge hat Mazzini, diesmal ausnahmsweise mit Namensunterschrift, eine Proklamation erlassen und an den Straßenecken anschlagen lassen, deren Sprache so erzessiv und cynisch ist, daß man Anstand nehmen könnte, sie wiederzugeben, wenn nicht der Verfasser das traurige Privilegium hätte, in derlei Dingen gleichsam Erler zu sein. Das Altentstück lautet:

Italiener! Brüder! Das Langlaubbliche ist geschehen. Der Mann, welcher sein ganzes Leben Italien geweiht, welcher für dasselbe gekämpft, gelitten, gelitten, der unserm Vaterland seine Einheit geschenkt, ohne für sich einen andern Lohn zu begehren, als jenen, von seinem Volke geliebt zu werden, Garibaldi, unser Bruder, unser Vater, unser Volkser, ist als Rebelle erklärt worden, und die Soldaten Victor Emanuel's — Gott schütze uns — Soldaten Italiens ziehen aus, um unsern Garibaldi gleich einem Rebellen zu bekriegen. Wir schenken Worte, um meinen Schmerz, um meine Entrüstung über eine so niederrichtige Handlungsweise eines Königs auszudrücken, der eine Puppe (una pupola) auf dem Throne Italiens, ein willenloses Werkzeug in der Hand eines Ministers, der zur Schande, zum Fluche Italiens der Sklave eines fremden Tyrannen ist. Ihr seht es, wie dieser König die Ehre, die Dankbarkeit versteht, und ihr wolltet ihn ferner dünkeln? Nein, nimmermehr, eine solche Schmach kann ich Italiens freien denkenden Menschen nicht zumuthen, darum herab mit diesem Herbild königlichen Namens, herab mit seinem ehrlosen Ministerium.

Volk, freies Volk, großes Volk Italiens, Volk, welches du wie ich den Schmerz, die Schmach fühlst, welche auf uns lastet, auf, ermanne dich, und lasse es unsern Feind wissen, daß der zündende Blitzstrahl der Rache Italiens Denjenigen gerschmettert, vernichtet, der es wagt, unsern Garibaldi zu kränken, zu entehren. Auf, o Volk Italiens, dein Körper bilde einen lebenden Wall zum Schutz Garibaldi's. Zeige den Soldaten Victor Emanuel's, was du vermagst, was ihm Pflicht wäre, und sei versichert, daß Tausende die brüdermörderischen Waffen wegwerfen, und sie nützlicher Weise gegen jene Lehren werden, welche ihnen eine so schmähliche Handlung zugemuthet. Ja, ich vertraue fest hierauf, denn es sind ja Alle Söhne unseres gesegneten Italiens, unsere Brüder. Darum auf, Brüder, vereint euch Alle zum Schutz Garibaldi's, zur Befreiung Italiens. Laßt euch nicht durch falsche Beschuldigungen irren machen, daß Europa unsere Erhebung mißbilligen werde. Erhebt euch, und zeigt dadurch an, was ihr wollt, daß wir Alle eins sind. Daher, es lebe Italien, es lebe Garibaldi! Wieder mit dem Königthum, wieder mit dem Ministerium, Tod den Tyrannen, Tod Rattazzi! Doch nicht von unserer Hand möge er fallen; die eigene Schande wird ihn tödten. Auf, erhebt euch! Es lebe Italien! Es lebe Garibaldi!

Giuseppe Mazzini.

### Frankreich.

Paris, 29. Aug. Heute war abermals Minister-rath unter Vorsitz des Kaisers. — Es ist unrichtig, daß England gegen jede Einmischung Frankreichs in die italienischen Angelegenheiten protestirt habe. Thatsache ist, daß auf die Anzeige vom Abgange der Flotte nach den neapolitanischen Gewässern und der Absendung von Verstärkungen nach Rom mit der Andeutung, „daß Frankreich nicht ruhiger Zuschauer der Vorgänge in Italien bleiben könne“, Graf Russell erwiderte, „daß England nichts dagegen einzuwenden habe, sich jedoch auch seinerseits ausdrücklich vorbehalten, nach Gutdünken, seinem Interesse und den Umständen gemäß zu handeln“. Die Absendung des aus 10 Dampf-Linienschiffen bestehenden Geschwaders des Admirals Mundy von Corfu nach Neapel begleitete diese Erwiderung, welche keines Kommentars bedarf. Zwei Linienschiffe vom Geschwader des Viceadmirals Rigault de Genouilly sind am 28. Abends vor Neapel und das Linienschiff „Alexandre“ vor Civita-Vecchia eingetroffen. Von Toulon aus wurden dem Viceadmiral 250,000 Fres. nebst zahlreichen Ausrüstungsgegenständen nach Ajaccio geschickt. — Sie erinnern sich vielleicht, daß während des italienischen Feldzugs vergessen worden war, die Brückenpfeiler einzuschiffen. Einen ähnlichen Fall berichtet heute die „Sentinelle toulonnaise“. Im Augenblick, wo die zum Abgang nach Mexiko bestimmte Division des Geschwaders die Anker lichten sollte und jedes Schiff seine allervollständigste Ladung hatte, traf eine Depesche ein, daß man 254 Tonnen — den ganzen Belagerungsbedarf — einzuschiffen vergesse habe. Es bleibt nun nichts übrig, als zum Transport dieser Gegenstände ein eigenes Fahrzeug auszurüsten. — Ueber das der Compagnie Valery (welche mit dem Postdienst zwischen Marseille und Corsica beauftragt ist) gehörige Schiff „General Abaucci“, auf welchem befanntlich Garibaldi die Meerenge überschritt — sagt heute der „Moniteur“: „Diese Compagnie, welche eine große Menge von Fahrzeugen besitzt, übernahm auch den Depeschendienst für Rechnung der italienischen Regierung, zwischen Genua und verschiedenen Häfen der italienischen Küste und Siziliens. Dies sind Dienste, welche einen ausschließlich privaten Charakter haben und das, zu einem solchen Dienst verwendete fragliche Paketboot stand in durchgängiger Beziehung mit der französischen Postverwaltung.“ — Der „Moniteur“ bringt heute die Ernennung des Dr. Ricord zum ordentlichen Arzte des Hauses des Prinzen Napoleon. — Die „Patrie“ hat Berichte aus Mexiko. In Vera-Cruz dratte das gelbe Fieber noch nicht ausgebrochen, — im Lager von Orizaba war der Seuchheitsstand am 22. Juli vortrefflich, und die Besorgnis wegen Verproviantirung durch das Eintreffen eines Convois aus Vera-Cruz beseitigt, — die mexicanische Armee hatte keinen weiteren Angriff versucht. Dagegen hatten Guerillasbanden die vorlegte Post aus Frankreich weggenommen und die Journale von Mexiko veröffentlichen die für französische Offiziere bestimmten Briefe. — Die heutige Börse war, wie erwähnt, etwas fester. Rente schließt 68.15, italienische Anleihe varirte zwischen 68.85 und 68.45, um zu 68.75 zu bleiben. Die meisten übrigen Werthe etwas besser.

### Großbritannien.

London, 26. Aug. Die Erklärung des „Moniteur“, nach welcher zu schließen die Lösung der römischen Frage bis in die abschraue Ewigkeit vertagt ist, erregt unter den hiesigen Fremden Italiens die größte Bitterkeit. „Daily News“ leibt diesem Gefühl sehr starke Worte. „Advertiser“ und „Daily Telegraph“ sprechen ebenfalls ihre Sympathien für Garibaldi und ihren Unmuth gegen den französischen Kaiser aus, und die „Morning Post“, das Organ Palmerston's, bespricht heute die Krisis Italiens in einer Weise, die deutlich zeigt, daß ein Konflikt zwischen England und Frankreich auszubrechen droht.

Wenn Frankreich den Papst schützen will — sagt die „Post“ —, so fragt es sich, ob es ein wirksamer Schutz für ihn ist, wenn der gegenwärtige Zustand fortbauern soll, der Italien mit dem Bürgerkrieg bedroht und dessen Folgen sich vielleicht unerwartet schnell über ganz Europa ausbreiten. Der Haß gegen die päpstliche Regierung hat die fürchterlichste Form angenommen, die einer Verschwörung gegen das Leben der Priester; bereits sind zwei Priester als Opfer gefallen. So wird nicht einmal der angebliche Zweck, zu welchem jene Unordnungen und Gefahren heraufbeschworen worden, erreicht, nämlich die persönliche Sicherheit des Papstes. Das Zögern, eine falsche Position aufzugeben, die Frankreich selbst wiederholt über kurz oder lang zu verlassen erklärt hat, hat eine furchtbare Volkserhebung in Süditalien heraufbeschworen. Zu erklären, daß diese Position nicht verlassen werde, ist sicherlich das schlechteste Mittel, die revolutionäre Bewegung zu beschwichtigen. Der „Moniteur“ beruft sich darauf: die Welt wisse, daß Frankreich diejenigen nicht verlasse, denen es seinen Schutz zugesagt. Soll nun die Welt in einem belagerten Beispiel inne werden, daß Frankreich sich um das Gland nichts kümmert, das die notwendige Folge seiner falschen Politik ist, wenn das schöne Gebäude der italienischen Einheit und Unabhängigkeit einstürzt, das Frankreich selbst hat aufbauen helfen? ... Für die nächste Zeit kommt Alles darauf an, inwiefern Garibaldi auf die regelmäßige Armee zählen kann. Die italienische Armee besteht nicht mehr bloß aus den alten Bataillonen Piemonts; Lombarden, Toskaner, Romagnolen, Neapolitaner und Sizilianer bilden große Bestandtheile derselben. Dazu kommen noch die Garibaldiner, die in die regelmäßige Armee eingetheilt worden sind, und von denen man wohl vermuthen darf, daß sie sich zweimal bestimmen, ehe sie auf ihren vor-maligen Führer schließen. Wir gestehen, wir haben große Zweifel auf ihre Verlässlichkeit. Können sich aber die Generale, die jetzt gegen Garibaldi abgesetzt sind, nicht mehr auf die Armee verlassen, dann fällt nicht nur das Ministerium Rattazzi, sondern es wird auch kein italienisches Ministerium mehr gefunden werden, das die Absicht hat, die gegenwärtige Allianz zwischen Frankreich und Italien aufrecht zu halten.

Ueber den Schluß der Ausstellung ist noch nichts bestimmt; die Frage liegt noch der Erwägung der königl. Kommission vor. Die „Times“ erlaubt sich den Rath zu geben, daß man die Ausstellung keinesfalls vor Ende Oktober schließen möchte.

### Amerika.

New-York, 16. Aug. Einem amtlichen Bericht des Generals Pope zufolge betrug die Verluste, welche das Unionsheer in der Schlacht bei Cedar Mountain erlitt, 1500 Mann an Todten, Verwundeten und Vermissten. Laut südl. Blättern sind 30 gefangene Offiziere des Unionsheeres in Richmond angekommen, wo sie im Gefängniß so lange als Verbrecher behandelt werden sollen, bis die Unionsregierung aufhört, bei dem zuerst von dem General Pope befolgten System zu verharren. Ein Gerücht, welchem zufolge es am 7. d. M. bei Tazewell zu einer Schlacht gekommen wäre, 3000 Unionisten die Waffen gestreckt hätten, die Südl. im Besitz von West-Tennessee wären, und Beauregard und Bragg an der Spitze von 70,000 Mann bei Chatanogo ständen, wird durch eine halbamtliche Depesche aus Washington für grundlos erklärt. Dieser Depesche zufolge hätte die Schlacht bei Tazewell (im obern Thal des Tennessee-Flusses, nahe an der Grenze von Kentucky) erst am 9. d. M. stattgefunden, und die Südl. wären mit bedeutenden Verlusten zurückgeworfen worden. Der Gouverneur von Massachusetts hat die Einreichung von Negern auf dem Weg der Konfiskation verfügt.

\* New-York, 26. Aug. Zur Ergänzung und theilweisen Berichtigung der gestrigen telegraphischen Nachrichten theilen wir noch folgendes aus einem Telegramm des „Reuter-Bur.“ mit: Man glaubt, daß McClellan's Armee sich von Harrison's Landung die Halbinsel hinab zurückgezogen habe — ein Theil zu Lande über Williamsburg, ein anderer auf Transportschiffen den Jamesfluß hinab. Man weiß nicht bestimmt, wann McClellan operiren wird. General Jackson ist glücklich über den Rappidan zurückgegangen, und steht mit 60,000 Mann im Südwesten von Gordonsville. Der hohe Wasserstand des Rappidan hat die Unionisten aufgehalten, aber man meldet, daß sie stetig vorrücken. Vom Mississippi meldet man von neuem, daß die Südstaatlichen Baton Rouge genommen, vier Unionsregimenter gefangen und 2 Unions-Kanonensboote in Grund gebohrt haben.

\* Ein Brief aus Richmond, der Hauptstadt des Südbundes, vom 3. Aug. sagt: Es herrscht hier viel Noth. Das Pfd. Kaffee kostet 3 Doll., Thee 7 Doll., gelber Zucker 75 Cent., Eier 1 Doll. das Duzend, Milch 1 Doll. die Gallone, Butter 1 Doll. das Pfd., Kartoffeln 6 Doll. das Buschel, Callico 75 Cent. die Elle, Leinwand 2 Doll. die Elle, ein Hut 14 Doll., ein Paar Stiefel 25—40 Doll., eine Paar Schuhe 15 Doll., ein Rock 50—70 Doll., ein Paar Beinkleider 25 Doll., Schreibpapier 30 Doll. per Kieß, Kernmehl 13 Doll. das Pfd., Salz 12 Cent das Pfd. Ungefähr 500,000 Personen sind hier mehr als vor dem Krieg. Kein Ende abzusehen. Sie werden sich bis auf den letzten Mann schlagen. Tabakernte mißrathen; Preise um 200 bis 400 Prozent gestiegen.

### Vermischte Nachrichten.

Genf, 28. Aug. Der berühmte Circus Reng hat in jüngster Zeit in Genf Unglück gehabt. Bei einem Wettrennen kürzten vorige Woche einige Pferde in den Zuschauertraum, irreführt durch den Umstand, daß einige Zuschauer einen Vorhang gelüftet hatten, welcher geschlossen bleiben sollte; doch hatte glücklicher Weise das hierdurch erzeugte Gedräng keine besonders beklagenswerthen Folgen. Am Sonntag Nachmittag wurde Hr. Reng's Sohn von zwei hitzigen Pferden herabgeworfen und stark kontusionirt. Am Montag endlich erfolgte das Schlimmste, indem eine der beliebtesten Reiterinnen, Fel. Kenebel, beim Schluß einer Brillantour mit den Füßen sich in den Zügel verfang und einen Augenblick so festig geschleift wurde, daß ihr ein Bein brach. An letztem Unfall zeigte das Publikum eine so lebhafteste Theilnahme, daß es an dem Abend nicht weiter spielen lassen wollte, und unter lauten Sympathiebezeugungen für die Verunglückte den Platz verließ.

\* Karlsruhe, 30. Aug. Bei der heute vorgenommenen Serienziehung der badischen 35-fl.-Loose sind folgende 50 Nummern gezogen worden:  
Nr. 237, 278, 521, 734, 849, 1003, 1015, 1471, 1558, 1714, 2144, 2340, 2354, 2583, 2675, 3094, 3155, 3678, 3699, 3724, 3863, 4012, 4206, 4288, 4386, 4451, 4592, 4760, 5062, 5202, 5246, 5323, 5533, 5737, 6646, 6682, 6865, 6885, 6976, 7044, 7223, 7308, 7463, 7529, 7560, 7566, 7785, 7847, 7877, 7944.

Für die Familie des verunglückten Bahnwirts Joseph Barth in Forst (Auszug Karlsruhe Zeitung Nr. 201) sind laut Nr. 203 bei uns eingegangen 14 fl. 12 fr., seitdem weiter von G. G. in R. 1 fl.; C. U. 1 fl. 10 fr.; G. R. 1 fl.; S. R. 1 fl.; J. S. 1 fl.; G. W. S. 2 fl. 42 fr.; Ungenannt 30 fr.; J. G. 3 fl. Zusammen 25 fl. 34 fr. Zur Empfehlung weiterer Beiträge sind wir gern bereit.  
Karlsruhe, den 30. August 1862.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 31. Aug. 3. Quartal. 86. Abonnementsvorstellung. *Othello*; große tragische Oper in 3 Akten, von Rossini.

Dienstag 2. Sept. 3. Quartal. 87. Abonnementsvorstellung. *Die lustigen Weiber von Windsor*; komisch-phantastische Oper mit Tanz in 3 Akten, von Nicolai.

### Theater in Baden.

Montag 1. Sept. *Eigeninn*; Lustspiel in 1 Akt, von Roderich Benedix. Hierauf: *Die Komödie der Irrungen*; Lustspiel in 3 Akten von Shakespeare, für die Bühne eingerichtet von Holtei.

